

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 34 (1955)
Heft: 11

Artikel: Der Erfolg der Sozialdemokratischen Partei bei den Nationalratswahlen und seine Konsequenzen
Autor: Humbert-Droz, Jules
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347023>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 07.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

JULES HUMBERT-DROZ

Der Erfolg der Sozialdemokratischen Partei bei den Nationalratswahlen und seine Konsequenzen

Dauernde Hochkonjunktur, zunehmende Motorisierung und ein prächtiger Herbstsonntag – das alles sind keine günstigen Voraussetzungen für Kampfwahlen einer sozialistischen Partei.

Die Wahlkampagne selbst hatte keine hohen Wellen geworfen. Alle Parteien hatten dem Volke sehr fortschrittliche und soziale Programme aufgetischt. Die letzte Woche war fast überall durch eine Flut von persönlichen Empfehlungen und Kämpfen der Kandidaten auf den Listen der eigenen Parteien beherrscht, was bei den Wählern natürlich das Gegenteil von Begeisterung hervorrufen muß.

Der Bundesrat hatte zu der allgemeinen Stille auch durch die taktische Zurückhaltung seiner beiden Vorlagen über die Weiterführung der Preiskontrolle und die Herabsetzung der Bundessteuer beigetragen. Einzig der Chef des Militärdepartements ließ einige Schüsse los, die in der allgemeinen Leere der Wahlkampagne um so stärkeren Lärm verursachten.

Die Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei haben sich durch diese allgemeine flauere Stimmung nicht entmutigen lassen. Landauf, landab trugen sie die Hoffnung des Sozialismus zu den Arbeitern, den Angestellten und Bauern. Zu Zehntausenden suchten sie die Stimmberechtigten zu Hause oder auf dem Arbeitsplatz auf und sammelten Unterschriften für die Initiative der Partei für den Steuerabbau im Bund. Das Resultat dieser unermüdlichen Kleinarbeit liegt vor: *die Sozialdemokratische Partei gewinnt vier Mandate, drei von den drei bürgerlichen Regierungsparteien und eines von der Partei der Arbeit. Sie gewinnt trotz geringer Wahlbeteiligung 13 161 Stimmen und steigert ihren Anteil von 26 auf rund 28 Prozent der Wähler.*

Die Resultate nach Kantonen sind sehr verschieden. Wir veröffentlichen eine provisorische Zusammenstellung. Die Zahlen von 1951 sind die offiziellen Zahlen des Eidgenössischen Statistischen Amtes. Für die Kantone Glarus und Schaffhausen, wo stille Wahlen stattfanden, sowie für die Kantone Uri und Nidwalden, wo die Sozialdemokratische Partei im Jahre 1955 nicht mehr kan-

didierte, haben wir die Zahlen der letzten abgehaltenen eidgenössischen Wahlen wiederholt. Die Zahlen des Jahres 1955 entsprechen den von der Presse publizierten Angaben.

Kantone	1951	1952	Plus/Minus
Zürich	52 021	52 369	+ 348
Bern	63 236	64 833	+ 1 597
Luzern	6 082	6 370	+ 288
Uri	1 387	1 387	—
Schwyz	3 947	3 970	+ 23
Obwalden	—	—	—
Nidwalden	536	536	—
Glarus	3 242	3 242	—
Zug	2 160	2 047	— 113
Fribourg	3 690	3 612	— 78
Solothurn	13 445	13 931	+ 486
Basel-Stadt	12 027	11 769	— 258
Basel-Land	6 571	7 949	+ 1 378
Schaffhausen	6 713	6 713	—
Appenzell AR	2 740	3 454	+ 714
Appenzell IR	—	—	—
St. Gallen	11 653	12 446	+ 793
Graubünden	3 504	3 703	+ 199
Aargau	24 382	26 321	+ 1 939
Thurgau	9 422	9 516	+ 94
Tessin	5 605	6 183	+ 578
Waadt	12 180	17 004	+ 4 824
Wallis	5 150	4 471	— 679
Neuenburg	8 301	9 348	+ 1 047
Genf	3 741	3 722	— 19
Schweiz	261 735	274 896	+ 13 161

Den größten Verlust erleidet die Kantonalpartei Wallis (679 Wähler). Die Reise Dellbergs nach Peking in Begleitung des Kommunisten Muret wurde von den Katholischkonservativen nach Kräften ausgenützt, und die offizielle Unterstützung der SP-Liste durch die PdA wirkte eher kompromittierend; dazu kam eine eigene Liste der Bauern, die vor vier Jahren Dellberg unterstützt hatten. Als nächster Verlierer folgt die SP Basel-Stadt mit einem Verlust von 258 Wählern. Die Kämpfe der Kandidaten untereinander, mit Empfehlungen und Kumulationen, haben die Wähler nicht mobilisiert, sondern, im Gegenteil, abgestoßen. Zug verliert 113 Wähler, Fribourg – wo die inneren Parteikämpfe andauern – verliert 78. Die SP Genf hat durch ihre Listenverbindung mit der Partei Léon Nicoles sicher Wähler abgestoßen; sie verliert 19 Stimmen.

Neben diesen Verlusten zeigt die große Zahl der Kantonalparteien einen erfreulichen Vormarsch. Da ist in erster Linie die Waadt zu nennen, wo die Partei im ganzen Kanton, in den Dörfern, bei den Bauern eine glänzende Kampagne durchführte. Trotz geringer Stimmbeteiligung gewinnt sie 4824 Wähler und einen fünften Sitz auf Kosten der Freisinnigen Partei. Dann folgen Aargau mit einem Zuwachs von 1939 Wählern, Bern mit 1597, Baselland mit 1378 und Neuenburg mit 1047. Bemerkenswert ist auch die Zunahme der sozialdemokratischen Wähler in den Kantonen St. Gallen (793), Appenzell AR (714), Tessin (578), Solothurn (486). Langsamer und schwieriger ist der Vormarsch im weitläufigen Kanton Graubünden (199) und in Luzern (288). Dagegen entspricht die Zunahme der sozialdemokratischen Wähler in den Kantonen Zürich (348) und Schwyz (23) nicht den Möglichkeiten und nicht einmal der Zunahme der Stimmberechtigten. Auch der prozentuale Anteil der im Kanton Zürich abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen ist zurückgegangen, von 29,3 Prozent im Jahre 1951 auf 28,8 Prozent im Jahre 1955. Es war eher einem Glücksfall zu verdanken, daß unter diesen Umständen die SP Zürich einen neuen Sitz auf Kosten der PdA erobern konnte.

Gewinne und Verluste der verschiedenen Parteien sind jetzt, eine Woche nach den Wahlen, schwer zu ermitteln. Vergleicht man die Stimmen der Jahre 1951 und 1955, ohne die Kantone zu zählen, wo stille Wahlen stattfanden (Schaffhausen und Glarus) oder wo die Parteien nicht mehr kandidierten, so ergibt sich ungefähr folgende Zusammenstellung:

Parteien	1951	1955	Differenz
<i>Sozialdemokraten</i>	249 857	263 018	+ 13 161
Freisinn	230 687	227 427	— 3 260
Katholischkonservative Volkspartei	216 616	225 852	+ 9 246
Bauernpartei	120 819	117 777	— 3 042
Landesring	49 100	53 472	+ 4 372
Liberalkonservative Partei	24 813	21 031	— 3 782
Demokraten	21 606	20 694	— 912
Evangelische Volkspartei	9 561	10 584	+ 1 023
Partei der Arbeit	25 659	24 771	— 888

Aus dieser noch ungenauen Zusammenstellung geht klar hervor, daß die Liberalkonservative Partei eine sterbende Partei ist. Man liest die «Basler Nachrichten» und die «Gazette de Lausanne» oder das «Journal de Genève», und man wählt . . . sozialdemokratisch! Der Rückgang der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei ist auffallend. Ihre soziale Zusammensetzung führt zu inneren Konflikten zwischen Bauerninteressen und Gewerbepolitik. Diese letztere wird mehr und mehr identisch mit der Politik der Großkapitalisten und der

Freisinnigen Partei – Kreise, wo man für die Forderungen der Bauernschaft wenig Verständnis zeigt.

Der Rückgang der PdA ist eine Folge der Spaltung Nicole in Genf, der Nichtbeteiligung der PdA an den Wahlen in Basel-Land und ihres Stimmenverlustes im Kanton Zürich. Dagegen hat die PdA einen beachtenswerten Wählerzuwachs im Kanton Waadt und in Neuenburg zu verzeichnen. Auch die Freiwirtschaftler gehen darum zurück, weil sie auf die Wahlbeteiligung in Kantonen, in denen sie im Jahre 1951 kandidiert hatten, verzichteten. Die Demokraten haben in Graubünden und Zürich zugenommen, dagegen in Basel-Land stark verloren. Die Evangelischen haben, besonders in Zürich, ihre Stimmenzahl erhöht; die konfessionellen Auseinandersetzungen haben ihrer Partei Wähler zugeführt. Der Landesring hat alle diejenigen überrascht, die auf Grund seiner Wahlniederlagen in der Stadt und im Kanton Zürich sowie in St. Gallen glaubten, dieses politische Anhängsel der Migros werde jetzt systematisch zurückgehen. Er hat sich nicht nur erholt, sondern gewinnt über 4000 Stimmen. Seine Initiative für die 44-Stunden-Woche hat ihm Sympathien aus den Arbeiterkreisen gebracht. Die Wahlergebnisse des Bezirkes Winterthur sind in dieser Beziehung besonders lehrreich. Nach einer kontradiktorischen Wahlversammlung, an der Arthur Steiner sich mit dem Landesring über dessen Initiative auseinandersetzte, entstand in der Presse eine Polemik über die Stimmung der Arbeiterkreise zur 44-Stunden-Woche und über den Erfolg dieser Versammlung. Die Wahlen registrieren nun in Winterthur einen Verlust der Sozialdemokraten von 213 Stimmen und eine Zunahme des Landesrings um 400 Stimmen! – der Vormarsch der Katholischkonservativen als konfessionelle Partei dauert an und stellt die Sozialdemokraten in den katholischen Kantonen und Gebieten vor ein großes Problem.

Die Freisinnige Partei hat besonders in der welschen Schweiz, in der Waadt und in Neuenburg, beträchtlich an Stimmen verloren, nicht zuletzt durch die Militärpolitik des Herrn Chaudet. Der Abstand zwischen der Konservativen und der Freisinnigen Partei ist jetzt nicht mehr groß, und die Freisinnige Partei kann nicht mehr Anspruch auf die Führung im Bund erheben.

Das allgemeine Bild zeigt jedoch eine große politische Stabilität oder auch eine allgemeine Stagnation. Unter diesem Aspekt erscheint der Erfolg der Sozialdemokratischen Partei, die nirgends einen Sitz verlor und vier Sitze eroberte, um so bedeutsamer.

Die Sozialdemokratische Partei hat am 30. Oktober ihre Stellung als stärkste Partei des Landes gefestigt. Mit 53 Sitzen im Nationalrat besitzt sie die stärkste Fraktion der Volksvertretung.

Die Zusammensetzung der Fraktionen im Nationalrat wird sich für die nächste Legislaturperiode wie folgt gestalten:

Parteien	Neu	Bisher	
Sozialdemokraten	53	49	+ 4
Freisinnige	50	51	— 1
Konservative	47	48	— 1
Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei	22	23	— 1
Liberalkonservative	5	5	
Landesring	10	10	
Demokraten	4	4	
Partei der Arbeit	4	5	— 1
Evangelische	1	1	
Total Sitze	196	196	

Wir wissen, welch große Arbeit unserer Vertrauensleute hinter diesen erfreulichen Resultaten steckt!

Welches sind die Gründe dieses Erfolges?

In erster Linie die Teuerungspolitik des Bundesrates und seiner bürgerlichen Parlamentsmehrheit und der energische Abwehrkampf der Sozialdemokratie für die Verteidigung der Mieter und der Konsumenten.

Die sozialreaktionäre Politik der Regierungsparteien, welche sich weigerten, auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit weitere Schritte zu unternehmen, die Verwirklichung der Invalidenversicherung, die Besserung der AHV-Renten und die Einführung der Mutterschaftsversicherung verzögerten, die Militärausgaben in die Höhe trieben und die Reichen entlasten wollten, führte die Sozialdemokratie im Dezember 1953 in die Opposition. Die hohe Stimmenzahl, die Genosse Max Weber im Kanton Bern erreicht, beweist, wie tief seine Demission als Bundesrat gewirkt hat. Am 30. Oktober hat das Volk im Kanton Bern seinen Schritt aufs glänzendste gerechtfertigt. Durch ihre Rückkehr in die Opposition, durch ihre soziale Offensive, ihre verschiedenen sozialen Volksinitiativen, ihre Förderung des sozialen Wohnungsbaus und ihren Kampf gegen die Bodenspekulation und die hohen Militärausgaben hat die Sozialdemokratische Partei das Vertrauen neuer Volksschichten erobert. Es ist kein Zufall, daß bei diesen Wahlen alle drei Regierungsparteien je einen Sitz an die Sozialdemokratie abgeben mußten und daß neben der Sozialdemokratischen Partei auch der Landesring, der sich als Verteidiger der Konsumenten und als Verfechter des sozialen Fortschritts aufspielte, verhältnismäßig stark an Stimmen gewonnen hat.

Der Erfolg der Sozialdemokratischen Partei auf Kosten der Regierungsparteien bedeutet eine eindeutige Verurteilung der Haltung dieser Parteien auf dem Gebiet der sozialen Politik und der Militärausgaben des Bundes. Sicher besitzen die bürgerlichen Parteien noch eine solide Mehrheit im Parlament, aber die Unzufriedenheit bei den Wählern dieser Parteien hat sich nicht nur

durch die allgemeine Linksschwenkung ausgedrückt, sondern auch durch die Nichtwiederwahl von vielen treuen Verfechtern dieses reaktionären großkapitalistischen Kurses. Das war besonders der Fall bei den waadtländischen Freisinnigen, die einen richtigen Zusammenbruch erlitten und ihre Vertretung vollkommen erneuert haben. Keine der Regierungsparteien hat den Versuch gemacht, die Politik des Bundesrates zu verteidigen; alle haben sie ihre Wahlprogramme reichlich mit sozialen Postulaten und Versprechungen gespickt.

Es ließen sich hierfür unzählige Beispiele aufführen. Ich begnüge mich mit dem «Radical Jurassien», der vor den Wahlen schrieb:

«Sämtliche sozialen Probleme, die noch in der Schwebe sind, werden schon in einer näheren Zukunft, als man glauben könnte, ihre Lösung finden, denn die Freisinnige Partei hat sich die Verwirklichung der sozialen Demokratie zur Aufgabe gemacht.»

Die bürgerlichen Parteien haben also ihre Wähler mit «sozialistischen» Programmen zu halten versucht. In Wirklichkeit hatten sie aber ganz andere Absichten: sie wollten die Linkstendenzen durch die Wahl von Vertretern der Privatwirtschaft vollkommen ausschalten. Die «Schweizerische Arbeitgeberzeitung» stellte vor den Wahlen die Aufgaben der bürgerlichen Parteien wie folgt dar:

«Die bürgerliche Vormachtstellung ist eindeutig. Dennoch führt das Bestreben nach Kompromissen vielfach zu Lösungen, denen eine ausgesprochene Linkstendenz innewohnt. Insbesondere dort, wo es sich um die Abgrenzung der Sphäre zwischen Wirtschaft und Staat handelt, sind *vor allem die Vertreter der Privatwirtschaft* berufen, sich zugunsten einer möglichst staatsfreien Wirtschaft einzusetzen. Aus diesem Grunde *ist es wünschbar, die Namen von wirklich der privaten Wirtschaft verbundenen Kandidaten, die sich auf den verschiedenen bürgerlichen Parteilisten befinden, durch Kumulierung zu fördern.*»

Die unentwegt großkapitalistische Politik sollte also noch rücksichtsloser geführt werden. Der Ausgang der Wahlen ist für diese Kreise des «Vorortes» eine große Enttäuschung.

In der gleichen «Arbeitgeberzeitung» kommt diese Enttäuschung deutlich zum Ausdruck: nach den Wahlen schrieb sie, das Volk habe «keine Demonstration der Dankbarkeit» hervorgebracht.

«Der Souverän ist weder in Scharen zur Urne gegangen, noch hat er jene Parteien und Vertreter bevorzugt, welche für die wirtschaftlichen und sozialen Leistungen unserer Tage am ehesten verantwortlich zeichnen. Vielmehr war die Stimmbeteiligung bedenklich schlecht, und jene Wähler, die zur Urne gingen, bekundeten eine leichte Vorliebe für die Parteien, die ihnen am lautesten ein noch schöneres Leben, möglichst ohne eigene Anstrengung versprochen hatten. In der Tat konnte man, wenn man die Wahlversprechungen der verschiedenen Parteien miteinander verglich, auf

die Idee kommen, der Souverän sei heute, namentlich in den Städten, so etwas wie ein verwöhntes Kind: ziemlich blasiert und uninteressiert, so daß die glänzendsten Versprechungen kaum mehr ausreichen, seine geneigte Aufmerksamkeit zu erregen.»

Natürlich haben diese großkapitalistischen Kreise aus den Verlusten der Regierungsparteien nichts gelernt. Die Arbeitgeberzeitung fordert die bürgerlichen Parteien auf, ihre Wähler besser von der Richtigkeit der bisherigen Regierungspolitik zu überzeugen:

«Die bürgerlichen Parteien haben zweifellos Grund, mit sich zu Rate zu gehen, wie sie die Wähler — und zwar zunächst ihre eigenen Wähler — besser von ihrer Politik überzeugen können. Der Weg dürfte in der Richtung liegen, daß die *Grundsätze* einer bürgerlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik sowohl in der politischen Diskussion wie auch in der Praxis deutlicher herausgearbeitet werden.»

Was nun?

Der Wahlerfolg der Sozialdemokratischen Partei wird in der eidgenössischen Politik politische Konsequenzen haben. In den letzten Jahren haben die bürgerlichen Parteien versucht, ihre Mehrheitsstellung im Parlament rücksichtslos im Sinne einer konsequenten kapitalistischen Politik auszunützen. Der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, die Bankiervereinigung und ihr Anhängsel, der Gewerbeverband, übten auf die bürgerlichen Parlamentsmitglieder einen immer stärkeren und erfolgreicherem Druck aus, um jede soziale Konzession abzulehnen und eine unentwegte Politik zugunsten der Besitzenden durchzusetzen. Wollen die bürgerlichen Parteien trotz dem Warnungssignal vom 30. Oktober diese großkapitalistische Politik fortsetzen, dann wird die Sozialdemokratie ihren Oppositionskampf und ihre soziale Offensive verstärken müssen und in allen wichtigen Sachfragen durch Referenden gegen die reaktionären Gesetze und durch Initiativen auf sozialem Gebiet an das Volk appellieren. Es ist fraglich, ob die bürgerlichen Parteien nach ihrer Wahlniederlage eine solche Politik des Klassenkampfes von oben entschlossen weiterführen werden.

Sollte dagegen die bürgerliche Parlamentsmehrheit die Notwendigkeit einer Wendung in der eidgenössischen Politik im Sinne des Aufbaus einer sozialen Schweiz einsehen, dann wird sich die Frage des Wiedereintritts der Sozialdemokratie in den Bundesrat und die Mitarbeit in der Landesregierung stellen. Eine Anzahl bürgerlicher Zeitungen hat diese weittragende Konsequenz bereits gezogen, so die sonst nicht sehr fortschrittliche *«Thurgauer Zeitung»*:

«Es kann nicht fehlen: Die Sozialdemokraten werden den Wahltag des vergangenen 30. Oktober 1955 als ein epochemachendes Ereignis feiern. Etwelchen Grund, die Ergebnisse für bedeutend anzusehen, haben sie auch in der Tat. Sie sind zwar noch nicht zur stärksten Fraktion der Bundesversammlung, wohl aber des Nationalrates, und das ist die Volksvertretung,

vorgerückt. Diese Tatsache verschafft ihnen nach parlamentarischen Gebräuchen eine besondere Stellung. Aber auch das Prestige, das damit verbunden ist, kann seine politischen Folgen haben. Mit noch größerer Bestimmtheit als bis anhin wird die Partei die Forderung nach Gleichberechtigung mit den andern im Bundesrat vertretenen Parteien bei der Zusammensetzung der Landesbehörde aufstellen. Es ist nicht nötig, nach weiteren Resultaten Ausschau zu halten: dieses allein genügt, um den vergangenen Wahlen eine Bedeutung zu verschaffen, die über das Maß der relativ geringen Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen der Parteien weit hinausreicht.»

Eins aber ist nach dem Erfolg der Sozialdemokratie sonnenklar: nämlich daß die stärkste Partei der Schweiz und die stärkste Fraktion des Nationalrates sich nicht mit *einem* Sitz im Bundesrat begnügen kann. Die Sozialdemokratische Partei muß in diesem Fall *zwei Sitze erhalten* und im Bundesrat ein Verhältnis 2:2:2:1 herstellen, was der Parteienstärke im Land gerecht entsprechen würde. Diese Forderung ist leichter zu verwirklichen, seit im Dezember des letzten Jahres die Zusammensetzung des Bundesrates *vorübergehend* geändert und die Vormachtstellung der Freisinnigen Partei im Bundesrat durch den Eintritt eines dritten konservativen Bundesrates gebrochen wurde. Im Dezember 1955 hätten Freisinnige und Katholischkonservative das gleiche Opfer zu bringen, um zwei Sitze für die Sozialdemokratische Partei freizumachen. Es heißt, Herr Bundesrat Petitpierre habe schon seit längerer Zeit den Wunsch geäußert, sich ins Privatleben zurückzuziehen, und Herr Etter solle auch bald amtsmüde werden. Die Sozialdemokratische Partei wollte den Ausgang der Wahlen abwarten, um die Frage ihrer Beteiligung am Bundesrat zu stellen. Auch die Freisinnige Partei verhielt sich abwartend; sie unternahm alles, um einen Erfolg der Sozialdemokratie zu verhindern und die stärkste Partei im Nationalrat zu bleiben. Die Zeit ist nun gekommen, wo die Frage einer Wiederbeteiligung der Sozialdemokratie am Bundesrat gestellt werden muß. Aber es soll dabei von vornherein klar sein, daß die sozialdemokratischen Bundesräte vor dem Volke nicht die Verantwortung für die reaktionäre Politik der bürgerlichen Mehrheit tragen werden. Beteiligung bedeutet Zusammenarbeit, das heißt die Bemühung der Mehrheit, den gerechten Forderungen der Minderheit Rechnung zu tragen, und die Bereitschaft aller Beteiligten, für das Wohl des Volkes Konzessionen zu machen und eine Verständigung zu finden. In der freisinnigen Presse treffen wir Leute, die eine solche Entwicklung als unvermeidliche Konsequenz der letzten Wahlen voraussehen. So schreibt die freisinnige «Appenzeller Zeitung»:

«Noch liegt aber keine Demission aus der obersten Exekutive vor. Man weiß, daß der freisinnige Petitpierre gerne abtreten möchte: doch wird ihn seine Gruppe nicht gerne ziehen lassen. Der konservative Etter erscheint weniger demissionslustig; nur steht dahin, ob er nicht die sozialistische Wahlhilfe vom letzten Jahr honorieren sollte. Tritt keiner zurück, so ergibt

sich für die Sozialisten keine neue Chance. Verzichtet nur einer, so müßte sich die Linke schlüssig werden, ob sie ihren Vorsatz, nur mit zwei Mann in den Bundesrat zurückzukehren, nicht ‚in Raten‘ ausführen will. Ergibt sich eine Zweiervakanz, so ist es an den bürgerlichen Regierungsparteien, zu entscheiden, ob sie das Regieren mit zwei Sozialisten probieren möchten. Im Grunde ist die Situation keine andere als zur Zeit, da Bundesrat Weber zurücktrat. Er ging, weil er keine bürgerliche Bundesfinanzreform in die Wege leiten wollte. Er fand, das sei Sache eines bürgerlichen Bundesrates. Da dieses Problem heute noch nicht erledigt ist, könnte eine sozialistische Doppelvertretung ja nur störend wirken. Also wäre es eigentlich gegeben, zuzuwarten, bis wenigstens die nächste Bundesfinanz-Etappe vorüber ist. Endet sie positiv, so würde das sozialistische Doppel-Experiment auf neuer Grundlage erfolgen. Verläuft sie aber negativ, so wäre ein neuer Mittelweg vielleicht mit Sozialisten leichter zu finden. Solche Überlegungen dürften bei der Realisierung von Demissionsgelüsten im Bundesrat eine bedeutsame Rolle spielen.»

Wollen die bürgerlichen Parteien nach der katastrophalen Erfahrung, die sie im Jahre 1950 mit ihrer Finanzreformvorlage gemacht haben, wiederum versuchen, ohne und gegen die Sozialdemokratische Partei die nächste Etappe der Bundesfinanzreform durchzuführen? Das wäre bloß verlorene Zeit; die Bundesfinanzreform kann nicht ohne Mitwirkung der Arbeiterschaft zustandekommen.

Aber in einem wesentlichen Punkt hat die «Appenzeller Zeitung» vollkommen recht. *Die Bundesratsbeteiligung der Sozialdemokratie ist in erster Linie davon abhängig, welche Politik die geschlagene und geschwächte Regierungsmehrheit zu führen gedenkt.* Wenn alles beim alten bleiben sollte, das heißt Fortsetzung der Teuerungspolitik, Erhöhung der Zolltarife, Bekämpfung der Sozialpolitik und Verwirklichung der Militärpläne Chaudets, dann ist eine Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei an der Landesregierung ausgeschlossen. Die Sozialdemokratische Partei wird nicht die Verantwortung übernehmen für eine Politik, die das Volk immer deutlicher verurteilt.

Offenbar aber haben die Kreise des «Vorortes» aus den Wahlen bereits die Schlußfolgerung gezogen, alles könne beim alten bleiben, und die bürgerliche Mehrheit brauche keine Konsequenzen aus den Wahlresultaten zu ziehen. So die «Schweizerische Handelszeitung» vom 3. November:

«Es hieße an den Realitäten vorbeisehen, wollte man aus den Nationalratswahlen des vergangenen Sonntags irgendein Indiz zur Änderung des politischen Kurses ableiten. Wenn auch die Sozialdemokratie mit ihrem Gewinn von vier Sitzen eine leichte Stärkung erfahren hat und zur stärksten Fraktion des Nationalrates aufgestiegen ist, zu einer Position übrigens, die sie schon vor zwölf Jahren einmal innehatte, so bedeutet das keineswegs einen Linksrutsch, denn die bürgerliche Mehrheitsstellung ist trotzdem so eindeutig und klar, daß *irgendwelche Konsequenzen ausgeschlossen sind.* Die

eidgenössischen Räte sind seit langem auf einen Kurs der Mitte und des Ausgleichs festgelegt, von dem abzuweichen keinerlei Notwendigkeit besteht... Gerade wegen der breiten Verteilung dieser drei bürgerlichen Verluste sowohl in parteipolitischer als auch in regionaler Beziehung kann nicht von einer bestimmten Tendenz gesprochen werden, welche eine Linksentwicklung begünstigen würde. Die Verschiebungen sind vielmehr die Folge von Zufälligkeiten dieser oder jener Art und können nicht zum Ausgangspunkt von politischen Forderungen genommen werden.»

Das ist gerade der Geist, der zur Niederlage des bürgerlichen Regierungsblocks geführt hat. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien werden sicher nicht in solcher Blindheit befangen bleiben. Sie wissen, daß sie ihre Wiederwahl nur dadurch sichern konnten, daß sie die sozialen Forderungen der Sozialdemokratischen Partei übernahmen. Selbst die demagogische Steuerabbauinitiative der Freisinnigen Partei konnte keine Wunder wirken und war nicht imstande, diese Partei vor dem Krebsgang zu schützen.

Wenn die bürgerlichen Parteien aus den Wahlen keine anderen Konsequenzen ziehen als die «Schweizerische Handelszeitung» – und ein Artikel des Freisinnigen Pressedienstes in der «Neuen Zürcher Zeitung», der die Direktiven der «Handelszeitung» nachplappert, läßt dies vermuten –, dann wird das Volk sie ziehen müssen.

Bedenkliche Erscheinungen

Die Nationalratswahlen müssen aber noch andere Konsequenzen haben.

Die Zahl der Wahlabstinenten hat eine bedenkliche Höhe erreicht. Eine Anzahl Kantone bringt nicht einmal 50 Prozent der Wähler an die Urnen. Man kann ein solches Desinteressement nicht nur der Hochkonjunktur und dem schönen Wetter zuschreiben. Wer im Volk aufmerksam herumhorcht, bekommt oft die Behauptung zu hören: «Es nützt ja doch alles nichts, die Herren in Bern machen trotzdem, was sie wollen.» Die Haltung des Bundesrates und des Ständerates zur Initiative Chevallier hat diese Stimmung noch verstärkt, besonders in der welschen Schweiz, wo sie am meisten unterschrieben wurde.

Das Volk wird zu oft an die Urnen gerufen, besonders in den Kantonen mit obligatorischem Referendum, um unbestrittene komplizierte Vorlagen, die nur kleine Gruppen interessierten, zu bestätigen. In wichtigen Fragen dagegen, wie in der Anderthalb-Milliarden-Vorlage für die Aufrüstung, wird das Volk durch Dringlichkeitsklausel ausgeschaltet. Nach der Annahme des Verfassungsartikels zur Verlängerung der Preis- und besonders der Mietpreiskontrolle haben Parlament und Bundesrat dem Druck der Immobilientrusts und des Hauseigentümergeverbandes nachgegeben und die Mietzinse erhöht. Man hat allgemein den Eindruck, daß immer weniger das Parlament die Gesetze ausarbeitet, sondern daß mächtige Wirtschaftsverbände zusammen mit der hohen Staatsbürokratie den Gesetzesentwürfen ihren Stempel aufdrücken und

das Parlament diese Werke der Verbände nur noch mit kleinen Änderungen zu bestätigen hat.

Die demokratischen Parteien unseres Landes müssen das Problem der starken Enthaltung bei Wahlen und Abstimmungen ernsthaft prüfen und Remedur suchen.

Die Wahlen haben gezeigt, daß es in der Schweiz für den sozialdemokratischen Vormarsch «zurückgebliebene Gebiete» gibt. Das sind jene Kantone, die als Hochburg der Katholischkonservativen dienen und wo das Wahlgeheimnis und die Wahlfreiheit nicht immer gewährleistet sind, und die weitläufigen Bergkantone wie Graubünden und Wallis. Wir wissen, wie schwer es ist, in solchen Gebieten eine politische Organisation aufzubauen. Oft wird versucht, die Sozialdemokratische Partei damit in Schach zu halten, daß die Vertrauensleute unserer Partei durch Verlust ihrer Arbeit brotlos gemacht werden. Es wird notwendig sein, daß die schweizerische Partei diesen Gebieten viel mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit zuwendet und die schwachen kantonalen Organisationen kräftig unterstützt. National-, Stände- und Regierungsräte aus anderen Kantonen sollten in diesen Gebieten öfters für öffentliche Versammlungen eingesetzt werden.

Auch in der Sozialdemokratischen Partei wurden Erscheinungen festgestellt, die zu einer ernsten Prüfung Anlaß geben müssen.

Eine Anzahl Kantonalparteien haben auf offizielle vorgedruckte Kumulationen verzichtet. Listen, wo Kandidaten von den Parteiinstanzen kumuliert werden, haben weniger Zugkraft. Die Wähler haben dann keine Möglichkeit mehr, zwischen den Kandidaten ihre Wahl zu treffen, sie können nur noch die Zahl der Parteistimmen erhöhen.

Aber die Abschaffung der Parteikumulation, die dem einzelnen Wähler ermöglichen will, unter den Kandidaten zu wählen, wurde nicht beschlossen, damit die Gewerkschaftsverbände, der Kaufmännische Verein und andere Organisationen ihre eigenen Kandidaten auf der Parteiliste zur Kumulation empfehlen, wie es in einer Anzahl Kantone geschah. So wurde die Wahlkampagne, die anfänglich auf die Verbreitung unseres Wahlprogramms und die Gewinnung von neuen Wählern gerichtet war, während der letzten Wochen von einer wahren Flut von Sonderempfehlungen der einzelnen Kandidaten beherrscht, Empfehlungen, die nicht nur zur Kumulation von Verbandskandidaten durch Verbandsmitglieder auf der Liste der Partei aufforderten, sondern manchmal zur Streichung von allen andern Kandidaten der Liste, damit der Verbandskandidat gewählt werde. Solche Empfehlungen forderten sogar die Mitglieder der Gewerkschaften auf, nicht unbedingt die Liste der Sozialdemokratischen Partei in die Urne zu legen, sondern legten den Gewerkschaftern, die aus politischen Gründen nicht die sozialistische Liste einlegen wollten, nahe, auf ihre bürgerliche Liste den Namen des Verbandssekretärs zu setzen.

Der Wahlkampf gegen die bürgerlichen Parteien für eine stärkere Vertretung der Sozialdemokratie degenerierte in einen Sesselkampf der einzelnen Kandidaten unter- und gegeneinander. Im Kanton Zürich haben sich nicht weniger als sechs der zehn Gewählten durch Sonderempfehlungen oder direkte Aufforderungen zur Kumulation ihren Sitz gesichert.

Diese Methoden waren bis jetzt das Monopol der bürgerlichen Parteien. Der Kandidat, der über einen Verband oder eine Verbandskasse verfügen kann, konnte auch seine Wahl sichern. Solche bürgerlichen Methoden haben in unserer Partei andere Folgen als in den bürgerlichen Parteien. Es ist bedauerlich, daß sie in einem solchen Ausmaß in unsere Reihen eindringen konnten. Sie führen zur Demoralisierung und letzten Endes zur Passivität unserer besten Vertrauensleute. Die Partei muß auf diesem Gebiet Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß die Disziplin, Sauberkeit und Ehrlichkeit innerhalb der Partei, auf die wir mit Recht stolz sind, durch solche Methoden untergraben werden.

Diese Schattenseiten unseres Erfolges dürfen nicht unterschätzt werden. Mit der Gewinnung von mehr als 13 000 neuen Wählern stellt sich der Partei die Aufgabe, ihre Reihen durch Werbung und Schulung zu stärken; unseren Vertrauensleuten erwachsen aus diesem Erfolg neue und größere Aufgaben. Sie, unsere Vertrauensleute, sind das Kostbarste, was die Arbeiterbewegung unseres Landes besitzt. Von ihrer Tätigkeit, ihrem Vertrauen und ihrer Hingabe hängen die Erfolge der Zukunft ab. Darum muß die Partei auch die inneren Konsequenzen aus diesem Wahlkampf ziehen; dann wird die Sozialdemokratie in Zukunft durch das verdiente Vertrauen des Volkes ihren Vormarsch beschleunigen können.

JEAN MUSSARD

Die kapitalistische Revolution des zwanzigsten Jahrhunderts

Red. Wir geben dem Artikel von Jean Mussard gerne Raum als einem Beitrag zur Diskussion über die Revision des Parteiprogramms. Im Laufe der letzten fünfzig Jahre ist der Kapitalismus durch zwei Weltkriege und eine schwere Wirtschaftskrise hindurchgegangen, und er hat, so wie die Arbeiterbewegung, tiefe Strukturänderungen erfahren.

Die Untersuchung der neuen Tendenzen der kapitalistischen Gesellschaft gehört zu den Vorbereitungsarbeiten für eine Revision des Parteiprogramms. Als Kenner des amerikanischen Kapitalismus gibt uns Jean Mussard eine interessante Schilderung von wichtigen Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft in den Vereinigten Staaten. Seine Untersuchung basiert jedoch auf seinen persönlichen Anschauungen und muß daher als Diskussionsbeitrag kritisch gewertet werden.

Die kommunistische Umwälzung in Osteuropa und Asien hat seit etwa vierzig Jahren die Aufmerksamkeit der Welt so auf sich gezogen, daß eine andere Revolution, die kapitalistische, sich inzwischen in aller Stille und fast unbemerkt vollziehen konnte.